

### Gastbeitrag Agrarsubventionen: Wer erhält wie viel wofür?

#### Neues Bündnis fordert: Vergabe von EU-Agrarbeihilfen öffentlich machen

In vielen EU-Staaten ist unklar, wofür welche Unternehmen und landwirtschaftlichen Betriebe wie viel Agrarsubventionen erhalten. Das soll sich ändern. In der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ haben sich 25 Nichtregierungsorganisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungshilfe- und Landwirtschaftsbereich zusammengeschlossen. Sie wollen erreichen, dass die Verteilung der Agrargelder veröffentlicht wird.

Für die europäische Agrarpolitik werden jährlich mehr als 40 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon gehen rund sechs Milliarden an EU-Agrarsubventionen nach Deutschland. Empfänger sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Exporteure von Agrarprodukten. Direkt und indirekt profitiert aber ebenso die vor- und nachgelagerte Industrie, unter anderem in den Bereichen Agrarchemie, Futtermittel und Lebensmittelverarbeitung.

#### 40 Milliarden Euro pro Jahr - ungleich verteilt

Die „erste Säule“ der Subventionen, die Direktzahlungen, machen den größten Anteil aus, sind aber im höchsten Maße ungleich verteilt. Gemäß den letzten öffentlich verfügbaren Zahlen erhalten in Deutschland 0,5 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 300.000 Euro im Jahr. Das entspricht 20 Prozent aller Direktzahlungen, während 70 Prozent der Betriebe mit jeweils maximal 10.000 Euro auskommen müssen. Daran wird sich auch kaum etwas ändern, wenn die EU-Agrarreform von 2003 umgesetzt ist.

#### Blind für Ökologie, Soziales, Ethik und Produktqualität

Der überwiegende Teil der Gelder ist zugleich nicht an wirksame soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien gekoppelt. Einige rationalisierte flächenstarke Betriebe bekommen Prämienzahlungen von umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft, während der Durchschnitt der Betriebe weniger als ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhält. Benachteiligt wird die besonders umwelt- und tiergerechte Qualitätserzeugung, die mehr Arbeitskräfte benötigt. Im internationalen Handel ver-

stärkt diese Subventionierung den Effekt des Preisdumpings zulasten der so genannten Entwicklungsländer.

Die Mittel für die Entwicklung ländlicher Räume, die „zweite Säule“, machen nur rund 20 Prozent der gesamten Agrarzah- lungen aus. Dazu zählen unter anderem Agrarumweltprogramme, das Management der Natura-2000-Gebiete, eine Ausgleichszahlung für benachteiligte Gebiete und die Förderung von Investitionen und Regionalvermarktung. Mit den EU-Finanz- beschlüssen im Dezember 2005 ist vereinbart worden, diese massiv zu kürzen. Damit wird die notwendige Wende in der Förderpolitik hin zu einer sozial gerechten, bäuerlichen, regionalen, ökologisch verträglichen und tiergerechten Landwirt- schaft verhindert.

#### Entscheidend: Verbraucher/innen besser informieren

Für die Steuerzahler ist nicht transparent, wer von den Subventionen profitiert und welche Form der Landbewirtschaftung gefördert wird. Aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes werden immer noch viel zu wenig Subventionen gezielt eingesetzt, um die Artenvielfalt zu erhalten, die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern oder Boden, Wasser, Luft und Lebensmittel nicht zu belasten. Für die Verbraucher besteht zu wenig Transparenz, an welcher Stelle der Staat Lebens- oder Futtermittelerzeu- ger fördert. Dabei haben sie ein besonderes Interesse daran nachzuvollziehen, ob Betriebe gefördert werden, die in ihrem Sinne produzieren.

Für Entwicklungsorganisationen ist es außerdem unannehmbar, dass Agrarsubventionen die Lebens- und Ernährungsgrundlagen von Kleinbauern im Süden gefährden oder gar zerstören, indem sie eine exportorientierte Landwirtschaft fördern und damit schlicht Dumping betreiben. Schließlich kritisieren Vertreter einer bäuerlichen Landwirtschaft, dass die Direktzahlungen diejenigen benachteiligen, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten oder neue schaffen.

Die nicht endende Kritik daran, wie Agrarsubventionen und die europäische Agrarpolitik gestaltet sind, erfordert eine transparente Berichterstattung. Um die Politik sozial-ökologisch voranzutreiben, müssen Agrar- und Exportsubventionen öffentlich gemacht werden.

#### Bund und Länder schweigen weiter

Derzeit verweigern in Deutschland Bund und Länder Informationen über Agrarsubventionen. Dabei ist dies in vielen anderen europäischen Ländern bereits Praxis. Die Bekanntgabe der konkreten Zahlungen hat in den letzten Monaten und Jahren dazu geführt, dass die Vergabekriterien der EU-Prämien intensiv diskutiert werden. In mehreren EU-Ländern zählen zu den Angaben die Namen aller Empfänger, der Zahlungszweck und die Zahlungshöhe. Als erstes Land hatte Dänemark im Frühjahr 2004 die Angaben veröffentlicht. Es folgten Schweden, Großbritannien, Irland, einige Regionalregierungen Spaniens, die Niederlande und Frankreich. Auch Finnland plant die Veröffentlichung. Die deutsche Bundesregierung sollte sich ein Beispiel an der Informationspolitik dieser Länder nehmen und ebenfalls veröffentlichen.

#### EU-Kommission will Transparenz

Im März 2005 hat EU-Kommissar Siim Kallas eine Transparenz-Initiative eingeleitet, um ausführlicher zu informieren, wie die Haushaltsmittel verwendet werden. Außerdem sollen die EU-Organe offener und zugänglicher und ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gestärkt werden. Ein Grünbuch, das eine breite Debatte über dieses Thema anstoßen soll, ist für dieses Frühjahr geplant. Unter anderem will die Kommission ein zentrales Internetportal einrichten, mit dem Informationen über die Begünstigten zentral verwalteter Fonds, beispielsweise EU-Projekte, zugänglich gemacht werden. Die derzeitige deutsche Praxis der Geheimhaltung verhindert dagegen die notwendige gesellschaftliche Debatte darüber, wie die zukünftige europäische Agrarpolitik ausgerichtet sein soll.

#### Neue Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Die im März gegründete „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, öffentlich zu machen, wer wirklich von den Agrarsubventionen profitiert und welche gesellschaftlichen Leistungen dafür erbracht werden. Sie will eine grundlegende inhaltliche Debatte über die spezifischen Förderziele der Subventionen anstoßen. Die Mittel sollen stärker eingesetzt werden, um soziale und ökologische Ziele sowie ländliche Räume zu stärken. Es sei nicht einzusehen, dass Betriebe oder Unternehmen mit Agrarsub-

ventionen zum Teil in Millionenhöhe belohnt werden, obwohl sie Arbeitsplätze abbauen, die Lebensgrundlagen von Kleinbauern im Süden zerstören, die Umwelt verschmutzen und Lebensmittel mit gesundheitsgefährdenden Rückständen produzieren. Stattdessen sollen die Subventionen wirksam an die Arbeitskraft, an Dienstleistungen für Umwelt- und Naturschutz oder den Erhalt der Kulturlandschaft, und an Tierschutz- und Lebensmittelsicherheitsstandards gekoppelt werden.

### **Der Weg: Recht - Politik - Öffentlichkeit**

In einem ersten Schritt hat die Initiative formale Anfragen an die zuständigen Ministerien und Behörden gesendet - auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes und des Informationsfreiheitsgesetzes. Die Behörden haben danach einen Monat Zeit zu antworten. Über gezielte Lobbyarbeit der Parteien will die Initiative auf der politischen Ebene möglichst flächendeckend eine Diskussion in Gang bringen. Sie konzentriert sich dabei auf Bundes- und Landtagsabgeordnete, die Fraktionsausschüsse zu Umwelt, Landwirtschaft und Entwicklung sowie die zuständigen Behörden. Schließlich soll eine möglichst breite Öffentlichkeit informiert werden.

► Geplant sind verschiedene Aktivitäten über die nächsten Monate. So bietet die Webseite [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de) neben einem Forum unterschiedliche Möglichkeiten, die Initiative zu unterstützen, bis hin zu Veröffentlichungen und Aktionen. ■

Gastautorin: Tanja Dräger de Teran, WWF

### • **Weitere Informationen**

WWF Deutschland, Tanja Dräger de Teran, Referentin für internationale Agrarpolitik, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-13  
eMail: [draeger@wwf.de](mailto:draeger@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen  
[www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

Transparenz-Initiative der EU-Kommission:  
[www.europa.eu.int/comm/commission\\_barroso/kallas/transparency\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/commission_barroso/kallas/transparency_de.htm)

## **Zu wenig Zeit für Diskussion der neuen EU-Ökoverordnung**

### **Durch übereilte Umsetzung geht Verbrauchervertrauen verloren**

Zahlreiche Umwelt- und Erzeugerverbände haben das Procedere für die geplante Neuregelung des Ökolandbaus in der EU kritisiert. Anlässlich einer Konferenz im EU-Parlament zur Revision der EU-Ökoverordnung Ende März kritisierte der deutsche Anbauverband Bioland den Vorschlag der EU-Kommission. Die vorgesehene Verabschiedung der Verordnung im Schnellverfahren lasse keinen Spielraum für eine Überprüfung. Eine Diskussion möglicher Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Biobranche sei nicht möglich, so Bioland, das Verbrauchervertrauen in Bioprodukte werde gefährdet.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) bemängelte den knappen Zeitrahmen für die Diskussion der neuen Regeln. Das Ende der Beratungen ist zum 1. Juli vorgesehen. Um die bisher aufgetretenen Probleme, aber auch die künftigen Herausforderungen des wachsenden Marktes gründlich zu besprechen, sei diese Zeit nicht ausreichend, so das EEB.

### **Genmanipulierte Bestandteile in Bionahrung möglich**

Die Absicht der Kommission, die Verordnung in zwei Schritten umzusetzen, stößt ebenfalls auf Widerstand. Das EEB hält es nicht für notwendig, dieses Jahr einen allgemeinen Rahmen zu schaffen, die konkreten Regeln aber erst 2009 einzuführen. Ein weiterer Kritikpunkt ist die geplante Duldung zufälliger gentechnischer Verunreinigung in Bioprodukten. Bisher gilt ein Schwellenwert von 0,9 Prozent gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in herkömmlich erzeugten Produkten. Ökologisch erzeugte Produkte dürfen derzeit gar keine GMO enthalten. Mit der neuen Verordnung würde sich dies ändern und aus Sicht der Umweltverbände der Zukunft des Ökolandbaus schaden.

Bioland und weitere Anbauverbände präsentierten bei der Parlaments-Konferenz im März eine Liste mit offenen Fragen. ● Außerdem wurde die EU-Ratspräsidentschaft aufgefordert, den Entwurf der Kommission nicht innerhalb weniger Wochen durchzupfeitschen, sondern Raum für weitere Konsultationen zu schaffen. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Europäisches Umweltbüro (EEB),  
Agrarexperte Pieter de Pous, Bvd. de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289109-1306, Fax -9  
eMail: [pieter.depous@eeb.org](mailto:pieter.depous@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-12, Fax -27  
eMail: [presse@bioland.de](mailto:presse@bioland.de)  
[www.bioland.de](http://www.bioland.de)

Die Liste mit den offenen Fragen der Bio-Anbauverbände:  
[www.ifoam.org/about\\_ifoam/around\\_world/eu\\_group/pdfs/VIEW\\_Microsoft\\_Word\\_\\_Proposed\\_questions\\_for\\_EU\\_Reg\\_revision\\_27.3.2006\\_final.pdf](http://www.ifoam.org/about_ifoam/around_world/eu_group/pdfs/VIEW_Microsoft_Word__Proposed_questions_for_EU_Reg_revision_27.3.2006_final.pdf)